Bocholter-Borkener
Volksblatt

Nummer 46 | Mittwoch, den 16. Februar | Jahrgang 1927

Der Beamte im neuen Staat.

Von

Regierungsrat Dr. Meffert.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage der Einstellung des Beamtentums auf die Staatsidee von tiefgreifendem Einfluß auf die ganze innere Entwicklung eines Staatswesens ist. In einem Staatsorganismus, dessen Vertreter ein inneres positives Verhältnis zu dem staatlichen Organismus besitzen, vollzieht sich der Gang der gesamten Handhabung der Staatsgeschäfte ungleich leichter und reibungsloser als in einem staatlichen Gebilde, das von nicht einheitlichen und zum Teil widerstrebenden Organen der Verwaltung zusammengehalten wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein Teil der aus dem früheren Obrigkeitsstaate übernommenen Beamten entweder überhaupt nicht oder nur in beschränktem Maße diese innerliche Stellungnahme zur neuen Staatsform mitbrachte. Diese Diskrepanz zwischen Forderung und Wirklichkeit gilt es auszugleichen, sollen dem Staate nicht ebenso ernste wie unvermeidbare Gefahren erwachsen.

Nun hat die Entwicklung in der letzten Zeit gezeigt, daß eine Wandlung sich zu vollziehen scheint. Dies beweist nicht zuletzt das Bekenntnis zum Staat, das der am 8. Oktober v. Js. geeinte Deutsche Beamtenbund, eine Zusammenfassung fast der gesamten Beamtenschaft, an seinem Gründungstage abgelegt hat. Die psychologische Bedeutung einer solchen Kundgebung, so wertvoll und richtunggebend sie sein kann, wird sich allerdings erst dann praktisch auswerten, wenn sie von einer leitenden geistigen Idee getragen wird.

Wenn man nun heute einen Querschnitt durch unsere Beamtenschaft zieht, so kann man nach ihrer geistigen Einstellung zum neuen Staat wohl drei Kategorien unterscheiden. Die eine steht dem neuen Staat noch ablehnend, zum mindesten aber mit großem Vorbehalt gegenüber. Zu ihr gehören diejenigen Beamten, die, unter dem alten Regime groß geworden, noch allzusehr mit den früheren Anschauungen und Ideen verwachsen sind, als daß sie sich bisher mit den neu gewordenen Verhältnissen innerlich hätten befreunden können. Es sprechen hier oft die verschiedensten Faktoren gesellschaftlicher und traditioneller Art mit, Imponderabilien, die zum großen Teil mehr gefühlsmäßig gelagert sind, als nüchternen, sachlichen Erwägungen entspringen. Sofern ihre Haltung innerer ehrlicher Ueberzeugung entspringt, kann man Verständnis für ihre Lage aufbringen. Bei vielen von ihnen gründet sich jedoch diese ablehnende Haltung weniger auf eine innerlich fundierte Ueberzeugung, als vielmehr auf einseitige Abneigung und versteckte Voreingenommenheit. Sie stehen politisch jenen Kreisen nahe, die aus den Vorgängen der Kriegs- und Nachkriegszeit nichts gelernt haben und nicht einsehen wollen, daß sie mit der Zeit vorwärts schreiten müssen. Es sind dieselben Kreise, die es heute noch nicht verwinden können, daß sie nicht mehr allein den Ton angeben und am liebsten das Rad der Geschichte wieder rückwärts drehen möchten. Ihnen kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie es verabsäumen, aus ihrer Haltung die Folgerung zu ziehen, indem sie darauf verzichten, einem Staate, dem sie innerlich fremd gegenüberstehen, weiterhin ihre Dienste zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere Gruppe bildet der Kreis der Unentschiedenen. Bei diesen hat schon eine merkliche Unsicherheit über die Richtigkeit der von ihnen bisher eingenommenen Stellungnahme zu dem neuen Staate Platz gegriffen. Die Entwicklung der Dinge und die allmählich wachsende Erkenntnis, daß es gilt, sich sachlich und loyal mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, wird auch sie mit der Zeit für eine positive Einstellung zum neuen Staat gewinnen. Wenn sie vorläufig auch noch keine freudige Mitarbeit leisten, so richten sie im Unterschied zu der vielfach zersetzenden Tätigkeit der ersteren doch wenigstens keinen Schaden an.

Die dritte Gruppe bilden diejenigen, die schon von Anfang an sich zu dem neuen Staat bekannt haben oder inzwischen zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die heutige Staatsform die gegebene ist. Allerdings ist ihre Zahl, soweit die höheren Verwaltungsstellen in Frage kommen, noch verhältnismäßig klein, weil sie meist aus denjenigen Kreisen stammen, denen unter dem alten Regime bis auf verschwindende Ausnahmen die leitenden Aemter versperrt blieben und sich daher auf keine Tradition stützen können. Allerdings soll man sich auch keiner Täuschung darüber hingeben, daß sich unter ihnen auch solche befinden, die mehr den günstigen Zeitumständen als der nachgewiesenen Qualifikation ihr Amt zu verdanken haben. Ihnen gegenüber muß betont werden, daß die geistige Einstellung zum heutigen Staate tiefer erfaßt werden will, soll er von Bestand sein. Dies erfordert vielmehr eine Beamtenschaft, die aus tieferen, staatspolitischen und ethischen Motiven, aus der Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge und gestützt auf die Erfahrungstatsachen der Kriegs- und Nachkriegszeit von der Ueberzeugung getragen wird, daß das neue Staatswesen unserem Volke gemäß ist; das schließt nicht aus, daß man daneben die Auffassung vertreten kann, daß unsere in Sturmzeiten geborene Verfassung noch Lücken aufweist, die auszufüllen bisher die wirtschaftliche Not der Zeit verhindert hat.

Aber schon heute darf festgestellt werden, daß sich der Kern des neuen Berufsbeamtentums, der sich dem neuen Staat aus innerlich gereifter und durch die Erfahrungstatsachen fundierter Ueberzeugung rückhaltlos zur Verfügung stellt, sehr wohl neben dem Beamtentum der früheren Schule kann sehen lassen. Es ist der neue Beamtentyp, der die bei dem deutschen Beamten stets als besonderer Vorzug gerühmte Pflichttreue und Zuverlässigkeit mit einem aufgeschlossenen Sinn für die Erfordernisse der Neuzeit verbindet, auf diese Weise einen frischeren Zug in die Verwaltung bringt und damit zur inneren Erneuerung des Verwaltungskörpers beiträgt.

Wie diese Erwägungen dartun, sind noch die verschiedensten Strömungen innerhalb der Beamtenschaft in ihrem Verhältnis zum neuen Staate zu beobachten. Es ist dies schließlich erklärlich, wenn man sich die gewaltigen politischen Wandlungen des letzten Jahrzehnts vergegenwärtigt und dabei nicht unbeachtet läßt, daß gerade innere Wandlungen ihre Zeit haben müssen, um sich zu einer gesunden Entwicklung durchzuringen. Im Zusammenhange damit erhebt sich die Frage, ob es möglich ist, eine gemeinsame Basis für eine geschlossene Beamtenschaft mit einheitlichem Staatswillen zu finden.

Der äußere Rahmen für eine solche gemeinsame Grundlage scheint uns gegeben in § 130 der Reichsverfassung, der besagt: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei." Dieser Satz weist eine gewisse Analogie zu § 102 der Reichsverfassung auf, der besagt: „Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen." Diese richterliche Unabhängigkeit, die auch schon in der früheren Gesetzgebung festgelegt war, bildet die unerläßliche Vorbedingung, um die Unparteilichkeit in der Rechtsprechung zu gewährleisten. In ähnlicher Weise müßte auch der lapidare Satz der Reichsverfassung, der von der Stellung der Beamten handelt, Leitstern und Richtschnur für das deutsche Beamtentum werden. Er müßte ebenso wie die Tatsache von der richterlichen Unabhängigkeit immer mehr im Volksbewußtsein verankert werden. Es handelt sich dabei außerdem um eine Forderung, die von der Beamtenschaft anerkannt sein will, wenn sie sich in den Wirkungskreis der Volksgemeinschaft einfühlen soll. Das setzt voraus, daß der Beamte zu einer lebendigen Erfassung der der Verfassungsbestimmung zugrunde liegenden Idee gelangt. Das tiefere Verständnis dieser dem Wesen des Beamtentums zugrunde liegenden Idee schafft gleichzeitig eine objektive Basis, die unantastbar und geeignet ist, eine Verbindungsbrücke zwischen den auseinandertreibenden Kräften zu schlagen. Wird von diesem Gesichtspunkt aus das Wesen des Beamtentums neu und tiefer erfaßt, so lassen sich leichter auch jene Kreise für die positive Mitarbeit am neuen Staate gewinnen, die bisher lediglich formal sich auf den Boden der heutigen Verfassung gestellt haben.

Es hängt nun viel davon ab, daß diese Idee des Dienstes an der Gesamtheit richtig erfaßt und nach ihrem wahren Gehalt mit Leben und Inhalt erfüllt wird. Dann wird sie gleichzeitig Bindeglied und Kernstück zur Festigung des neuen Staates. Es handelt sich hierbei nicht so sehr um eine Organisationsfrage, als um eine seelische Angelegenheit, um einen psychologischen Vorgang. Diese höhere Linie der Gesamtinteressen bildet daher den Ausgangspunkt für eine einheitliche Basis und gemeinsame Front. Sie kann aber nur gewonnen werden von dem lebendigen Menschen selbst und ist nur möglich, wenn das Beamtentum und letzten Endes der einzelne Vertreter dieser Klasse einen Erneuerungsprozeß durchmacht. Sie ist daher auch gleichzeitig eine Frage der Selbsterziehung jedes einzelnen Beamten.

Wie verhalten sich nun Partei und Gesamtheit zueinander und welche Beziehungen bestehen zwischen ihnen und der Beamtenschaft? Für die Parteien, soweit sie auf dem Boden der Verfassung stehen, gilt als oberster Grundsatz ebenso wie für den Beamten „salus rei publicae suprema lex esto" — das Wohl des Staates soll das oberste Gesetz sein. Insofern besteht zwischen Parteien und Beamten in ihrem Tun und Handeln kein tiefgreifender Unterschied, dagegen gehen Parteimaßnahmen von subjektivierter Einstellung aus. Das Handeln der Beamten soll objektiviert sein durch Gesetz und Verordnung. Soweit sie Spielraum lassen, darf nur pflichtmäßiges Handeln entscheiden, d. h. ein Handeln, das getragen ist von der Idee der Volksgemeinschaft.

Von dieser Problemstellung aus dürfte m. E. der Weg zu einer bejahenden Einstellung zum Staate gewonnen werden. Es handelt sich hier um eine würdige und hohe Aufgabe, die staatspolitisch von größter Bedeutung ist. Ihr wird sich keiner entziehen können, dem die Verwaltung des Staatswesens anvertraut ist. Eine solche Grundeinstellung schafft außerdem das unentbehrliche Berufsethos, schützt andererseits vor der Absolutierung des Staates durch das Beamtentum und bewahrt dieses vor einem übertriebenen autoritativen Standesbewußtsein, das es im alten Obrigkeitsstaate so oft in einen gewissen Gegensatz zum Volke hat treten lassen. Es wäre nicht ohne Reiz, noch weiter darzulegen, wie in seiner vollen Auswertung der Gedanke, Diener der Gesamtheit zu sein, ein starkes Bindeglied darstellt im Sinne der Volksgemeinschaft, welch starker sozialer Einschlag in ihm liegt und wie er dazu dient, im Interesse des Staatsganzen ein Gegengewicht zu bilden gegen einseitige Gruppen und Sonderinteressen auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens. Es sollte jedoch hier nur der Versuch gemacht werden, eine gemeinsame Richtlinie zur Behandlung einer viel umstrittenen und für die innere Ausgestaltung des Staatswesens brennende Gegenwartsfrage aufzuzeigen. Gleichzeitig sollte aber auch auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Gedanken der Vertretung des Gesamtinteresses im Bewußtsein des Beamten zu verankern und lebendig werden zu lassen.

Wird auf diese Weise das Wesen des Beamtentums erfaßt, dann dürften die noch bestehenden Differenzen immer mehr in den Hintergrund treten und an Bedeutung verlieren. Alsdann wird auch die so oft gehörte landläufige Kritik am heutigen Staat, die meist so negativ und unfruchtbar an neuen Ideen ist, immer mehr an Boden verlieren, zumal wenn sie außerdem noch entkräftigt wird durch den lebendigen Anschauungsunterricht der Erfahrungstatsachen. Es wird dann auch für die heute noch abseits stehenden Kreise die Erkenntnis kommen, daß neue Wege notwendig waren, um unser deutsches Volk nach der gewaltigen Katastrophe von 1918 einem neuen Leben und nach harter Bedrängnis einer geläuterten Zukunft entgegenzuführen.

Gegen eine Revision des Dawesplanes.

Ein amerikanischer Finanzmann über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

☞ **Newyork**, 15. Febr. Der Präsident der First national bank von Los Angeles, Henry Robinson, einer der Mitarbeiter am Dawesplan, hat dem Nationalen Rat für auswärtigen Handel einen längeren Bericht über die Frage: „Kann Deutschland seine Reparationszahlungen aufrechterhalten?" unterbreitet.

Robinson vertritt in diesem Bericht die Ansicht, Deutschland könne den vollen Betrag seiner Reparationszahlungen leisten und dabei doch wirtschaftlich gedeihen. Im Jahre 1914 habe Deutschland für die Aufrechterhaltung seines Militärwesens beträchtlich größere Lasten zu tragen gehabt, als sie für die Reparationen erforderlich seien. Das jährliche Einkommen Deutschlands betrage etwa 14 Milliarden oder mehr als das 20fache der Reparationszahlungen. In die Sprache der Arbeit übersetzt könnten die Reparationszahlungen der Leistung von etwa 2 Arbeitsstunden wöchentlich für jeden deutschen Arbeiter gleichgesetzt werden. Es könne sein, daß in den Finanzkreisen gewisser europäischer Länder der Wunsch der Vater des Gedankens sei, wenn man sich gestatte, von der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu sprechen. Es sei aber erstaunlich, wenn Bankiers und Wirtschaftler in den Vereinigten Staaten der Ansicht Ausdruck gäben, daß eine Revision des Dawesplanes erfolgen müsse. Die gegenwärtige Haltung der deutschen Wirtschaftsführer biete keinen Grund für einen Zweifel hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

*

Robinsonaden.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 15. Febr. (Drahtber.)

In Anbetracht des für uns äußerst wichtigen Umstandes, daß der Dawesplan bekanntlich selbst eine Herabsetzung der Leistungen Deutschlands vorsieht, falls sich die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der seinerzeit festgestellten Bedingungen herausstellt, erscheint es angebracht, die sehr tendenziös anmutenden Darlegungen Robinsons etwas unter die kritische Lupe zu nehmen. Wir wollen beispielsweise nur auf einige wenige Behauptungen und falsche Schlußfolgerungen hinweisen, die einer Richtigstellung bedürfen. Robinson vergleicht die Ausgaben für die Wehrmacht vor dem Kriege mit den deutschen Reparationszahlungen aus dem Reichshaushalt. Es dürfte auch in Amerika allmählich bekannt sein, daß durch das Diktat von Versailles, nicht zuletzt durch die Mitwirkung des damaligen Präsidenten Wilson, Deutschland die Pflicht auferlegt wurde, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben und zu dem System eines bezahlten Heeres überzugehen. Es ist selbstverständlich, daß die Ausgaben für die Deutschland noch verbleibende Wehrmacht unter diesen Voraussetzungen verhältnismäßig nicht kleiner, sondern größer sein müssen als vor dem Krieg. Vollständig widersinnig ist es auch, sich auf den Standpunkt zu stellen, als ob die 100 000 Mann Reichswehr eine empfindliche Schwächung der industriellen Produktivkraft Deutschlands bilden würden. Bekanntlich weist die traurige Erwerbslosenstatistik die erschreckend hohe Zahl von fast zwei Millionen Arbeitsuchender auf; soll vielleicht diese grauenhaft große Armee Arbeitsloser noch um 100 000 Mann vermehrt werden? In Wirklichkeit würde jene entsetzliche Ziffer noch höher anschwellen, wenn etwa die Reichswehr verringert würde. Denn dann würden wiederum so und so viele andere Erwerbsstände Verdienstmöglichkeiten einbüßen und zahlreiche Angehörige der arbeitenden Schichten brotlos werden.

Ist es nur mangelhafte Logik oder ein anderer Grund, weshalb Herr Robinson so oberflächliche und tendenziöse Behauptungen aufstellt? Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich bei diesen Manövern um einen durchsichtigen Versuch handelt, der ganzen Welt den Glauben beizubringen, daß Deutschland zahlen kann, was nur immer man von ihm fordert, und daß der Dawesplan darum ruhig als Dauereinrichtung sanktioniert werden könne. Der geschäftstüchtige Yankee verdient ja damit viel Geld. Damit allein ist schon der Segen der Dawesinstitution erwiesen! Wir bedauern nur, solchen Gedankengängen nicht folgen zu können. Denn höher als die Rücksicht auf den Wunsch der amerikanischen Bankiers, Europa immer mehr in Schuldknechtschaft zu werfen, steht uns das Wohl der deutschen Wirtschaft und damit der deutschen Arbeiterschaft. Wir werden davon dem uns im Dawesabkommen eingeräumten Recht eine Herabsetzung der uns auferlegten Lasten zu verlangen, damit die deutsche Wirtschaft wieder etwas schaffen kann, unbedingt Gebrauch machen müssen.

Zur Kritik an Keudells Vergangenheit.

Neue Erklärungen des Reichskanzlers.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin**, 15. Februar (Drahtb.)

Gegen die von Reichskanzler Dr. Marx in Sachen von Keudell im Reichstag gemachten Ausführungen setzt die Oppositionspresse in edler Eintracht ihren Kampf fort. Um nun allen Mißdeutungen entgegen zu treten, hat der Kanzler einem Mitglied der Redaktion der „Germania" eine Unterredung gewährt, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Ich möchte zunächst darauf hinweisen, daß in juristischen Kreisen darüber wohl gar keine Zweifel bestehen können, daß Anweisungen der vorgesetzten Dienstbehörde nur unter der Voraussetzung den Untergebenen zum Gehorsam verpflichten, daß sie nicht erkennbar und offensichtlich der Verfassung widerstreiten oder etwas offenbar Widerrechtliches befehlen. All diejenigen Beamten, die während der Kapptage erkannten, daß die Kapp-Regierung widerrechtlich sich in den Besitz der Macht gesetzt hatte und die deshalb die Anordnungen der von ihr bevollmächtigten Stellen nicht befolgten, haben daher selbstverständlich durchaus pflichtgemäß gehandelt und verdienen alles andere als einen Tadel. Meine Ausführungen in der Reichstagssitzung vom 11. Februar d. J. hatten nun aber nicht den Zweck, allgemeine Rechtsfragen zu erörtern, ob und wie in solchen Fällen Beamte Anordnungen vorgesetzter Stellen zu befolgen hätten. Ich hatte vielmehr lediglich den Fall des Herrn von Keudell zu behandeln. Ich schickte daher der rechtlichen Beurteilung des Falles eine eingehende Schilderung der örtlichen Verhältnisse voraus, unter denen der Landrat in Königsberg in der Neumark damals sein Amt auszuführen hätte. Ich legte dar, daß es sich um ein kleines abgelegenes märkisches Landstädtchen handelte, das irgendwelche Nachrichten über einen bevorstehenden oder stattgefundenen Umsturz ihm nicht zugegangen waren, daß der vollzogene Staatsstreich sich in Königsberg lediglich dadurch äußerte, daß zunächst alle Verbindungen nach außen behindert waren und alle Mitteilungen von außen ausblieben. Kundgebungen der rechtmäßigen Regierung kamen in den ersten Tagen überhaupt nicht nach Königsberg. Die erste positive Nachricht, die dort eintraf, war eben die Anordnung des Militärbefehlshabers von Küstrin gewesen, die von ihm übersandten Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Zu berücksichtigen ist ferner noch, daß dieser General bereits seit längerer Zeit der Militärbefehlshaber in Frankfurt a. d. Oder war. Uebrigens war der militärische Ausnahmezustand keineswegs erst seitens der Regierung verhängt worden. Der militärische Ausnahmezustand bestand seit dem 13. Januar 1920, also auf Grund einwandfreier Anordnung der rechtsmäßigen Reichsregierung. Es war also in der damaligen Zeit keineswegs etwas Besonderes, daß Zivilbehörden, also z. B. ein Landrat, seitens des Militärbefehlshabers Befehle zur Ausführung zugingen. In unserem konkreten Fall blieb also bei dieser Sachlage Herrn von Keudell kein anderer Weg, als sich bei seiner vorgesetzten Regierung in Frankfurt a. d. Oder zu erkundigen. Er handelte daher nach seiner Ueberzeugung durchaus entschuldbar, wenn er der ihm in Frankfurt a. d. Oder erteilten Anordnung, den Befehl des — wie gesagt seit längerer Zeit im Amt befindlichen — Militärbefehlshabers Folge zu leisten, nachkam. Es sind in keiner Weise Umstände hervorgetreten, die darauf schließen lassen, daß er wußte oder auch nur wissen konnte, daß die Anordnung des Militärbefehlshabers gesetzwidrig war. Es war unter den geschilderten örtlichen Verhältnissen nicht erkennbar, daß dieser Militärbefehlshaber Anordnungen einer Regierung zu vollstrecken versuchte, die sich rechtswidrig in den Besitz der Gewalt gesetzt hatte. Die objektive Rechtswidrigkeit der Anordnung des Militärbefehlshabers war Herrn von Keudell unbekannt geblieben und daher war sein Gehorsam gegenüber den Anordnungen seiner Vorgesetzten für berechtigt zu halten. Weitere Rechtsausführungen waren daher meiner Meinung nach überflüssig.

Die demokratische Reichstagsfraktion will zum Zeichen dafür, daß sie einstweilen noch existiert, den Fall Keudell und im Zusammenhang damit die Erklärungen des Reichskanzlers einem parlamentarischen Gremium übergeben. Wie nämlich das „Berl. Tagebl." zu berichten weiß, besteht in demokratischen Kreisen die Absicht, entsprechende Schritte zur Einsetzung eines par-

lamentarischen Untersuchungsausschusses einzuleiten. Wahrscheinlich werde bereits am Mittwoch die demokratische Reichstagsfraktion dazu Stellung nehmen. Die Einsetzung eines solchen Untersuchungsausschusses, der sich vor allem mit dem Verhalten Dr. von Keudells gegenüber Herrn von Treskow zu befassen hätte, dürfte nach Ansicht des genannten Blattes kaum Schwierigkeiten machen, da auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder des Reichstages ein solcher Ausschuß einzusetzen ist. In parlamentarischen Kreisen nehme man an, daß die Sozialdemokraten einen entsprechenden Antrag unterstützen würden. Damit wäre die erforderliche Stimmenzahl ohne weiteres gegeben. Die Einsetzung eines solchen Ausschusses sei, wie das „Berl. Tagebl." glaubt betonen zu müssen, besonders deshalb geboten, weil der Kanzler über den Fall Keudell offenbar irregeführt und in den Glauben versetzt worden sei, es handle sich hier um außenpolitische Zusammenhänge. Die ganze Geschichte wird jedoch unseres Erachtens sicher wie das Hornberger Schießen ausgehen.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Preußischer Landtag.

Berlin, 15. Februar.

Nach dreiwöchiger Pause nahm der preußische Landtag seine Plenarsitzungen wieder auf.

Präsident Bartels gedenkt nach Eröffnung der Sitzung, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben, der verstorbenen Abgeordneten Goebel-Oppeln (Z.) und Müller-Franken (Wirtschaftl. Verein.).

Dann gelangt ein Antrag Sobottka (Kom.) zur Beratung, der eine Verminderung der Arbeit im Bergbau auf höchstens 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage verlangt. Der Antrag wird vom Antragsteller ausführlich begründet. Die Rationalisierung hätte im Bergbau bei Verminderung der Belegschaften um rund 6 Proz. eine Produktionssteigerung von mehr als 5 Proz. bei unvermindert niedrigen Löhnen gebracht. Diese Ausbeutung der Arbeiter müsse in Zukunft verhindert werden.

Abg. Otter (Soz.) betont, daß die Gewerkschaften bereits die Kündigung des Ueberschichtenabkommens durchgeführt hätten. Der kommunistische Antrag renne offene Türen ein. Selbstverständlich treten auch die Sozialdemokraten für eine Beseitigung des Ueberschichten- und Nebenschichtensystems ein.

Abg. Steger (Z.) bezeichnet die Fassung des kommunistischen Antrages als bedenklich. Auch die Kommunisten sollten sich endlich einmal auf den Boden der Tatsachen stellen und anerkennen, daß die notwendige Verringerung der Arbeitszeit im Bergbau sich auf der Grundlage internationaler Verständigung erzielen lasse.

Der kommunistische Antrag wird mit den Stimmen der Linken und des Zentrums dem Handelsausschuß überwiesen.

Dann wird die zweite Beratung des Wohlfahrtsetats mit der Einzelbesprechung fortgesetzt.

Dabei begründet Abg. Bartels-Kreseld (Komm.) Streichung des Fonds zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, weil die Mittel hierfür aus dem Ueberschuß des staatlichen Branntweinmonopols stammten.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) tritt dem entgegen und hebt hervor, daß dieser Fonds namentlich auch zum Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkohols bestimmt werde.

Abg. Frau Ege (Soz.) wünscht mehr Mittel für die Jugendpflege, besonders für die Jugendheime und anderen ähnlichen Einrichtungen.

Abg. Frau Noack (D. Ntl.) protestiert gegen die Boykottierung bestimmter Kliniken und Krankenhäuser, deren Leiter sich das Mißfallen der Krankenkassen zugezogen haben, durch die Krankenkassen und verlangt Vorgehen der Regierung gegen die Kassen.

Abg. Bräucker (Soz.) tritt diesem Wunsch entschieden entgegen und weist darauf hin, daß eine Verständigung mit den Aerzten nur dann erzielt werden könne, wenn die ärztlichen Vereine sich endlich ihre Einmischung in Interna der Krankenkassen entbielten.

In der weiteren Einzelberatung fordert Frau Abg. Hesberger (Z.) größere Mittel für Trinkerheilanstalten.

Frau Abg. Christmann (Soz.) verlangt einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung von Mißständen in den Fürsorgeanstalten.

Abg. Sellheim (Komm.) schließt sich dem Antrage an und fordert Erhöhung der Zuschüsse zu den Kosten der Fürsorgeanstalten.

Die Abg. Rüffer (D. Ntl.) und Frau Wohlgemuth (Soz.) setzten sich gleichfalls für Förderung der Fürsorgeanstalten ein.

Damit ist die zweite Beratung des Wohlfahrtshaushaltes bis auf einige Reste und Abstimmungen, die am Donnerstag erledigt werden sollen, beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Domänenhaushaltes, über den Abg. Weißärmel den Ausschußbericht erstattet.

Abg. Biester (D. Hann.) fordert für die Pächter Entgegenkommen in der Frage der Kredite. Für Landgewinnungsarbeiten an der Küste seien die notwendigen Mittel bereitzustellen. Der Redner trat zum Schluß für Beihilfen an staatliche Bäder, besonders an Rehburg und Norderney ein.

Abg. Klaußner (Soz.) fordert Beseitigung der nur für die Inflationszeit berechtigt gewesenen Naturalpacht und Umstellung der Pacht auf Reichsmark, wobei die Pachtpreise auf ein vernünftiges Maß erhöht werden müßten. Grundsätzlich ständen die Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß die Staatsdomänen selbst wirtschaften und zu Musteranstalten auch in sozialer Beziehung ausgebaut werden. Insbesondere müßten durch schleunige Bauunternehmungen gesunde Landarbeiterwohnungen geschaffen werden.

Abg. Jukl (Dn.) betont, die selbstbewirtschafteten Domänen hätten, wenn man berücksichtige, daß diese Staatsbetriebe bedeutende steuerliche Erleichterungen genießen und ihnen angenehme Kreditverbindungen offen stehen, sogar ein bedeutendes Minus aufzuweisen. (Sehr wahr! rechts.) Die Pachtpreise für Domänen dürften nicht mehr erhöht werden. Bei den erhöhten Steuern heute zahle man bereits mehr als das Doppelte der Friedenspacht. (Rufe bei den Soz.: Ausnahmen bestätigen die Regel!) Zum Schluß begründet der Redner Anträge auf billige Kredite für die von den Polen vertriebenen deutschen Pächter. Die Urbarmachungen fiskalischer Moore fänden Zustimmung der Deutschnationalen.

Nach 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Vorher Gewerbesteuer und kleine Vorlagen.

Freiflugberechtigung für Reichstagsabgeordnete?

:r: Berlin, 14. Febr. Zwischen dem Reich und der Deutschen Luftbansa schweben, entsprechend einem Wunsche des Aeltestenrats des Reichstags, zur Zeit Verhandlungen über die Gewährung von Freiflugscheinen nach dem Vorbild der Eisenbahnfreikarte an die Reichstagsabgeordneten. Im Reichstag hat sich seit einiger Zeit das Bestreben bemerkbar gemacht, auch das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, für die Reisen der Abgeordneten dienstbar zu machen und das Reich zu veranlassen, für diese Freiflüge eine bestimmte Pauschale an die Deutsche Luftbansa zu zahlen, wie das bei der Eisenbahn und in gewissem Umfange auch bei den Schiffahrtsgesellschaften der Fall ist.

Die polnische Antwortnote.

Auflösung der polnischen Delegation in Berlin.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat heute vormittag im Auswärtigen Amt folgende Note überreicht:

Herr Bevollmächtigter! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 12. Febr. 1927 zu bestätigen und gleichzeitig Ihnen mitzuteilen, daß die polnische Regierung den Beschluß der Reichsregierung betreffend die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen zur Kenntnis genommen hat.

Da die mir durch Sie, Herr Bevollmächtigter, mitgeteilten Gründe für den Beschluß der deutschen Regierung über den Bereich der Handelsvertragsverhandlungen hinausgehen, erachte ich es als für mich unmöglich, in Erörterungen bezüglich dieser Frage einzutreten. Ich fühle mich jedoch veranlaßt, festzustellen, daß nach Auffassung meiner Regierung die Unterbrechung der in Berlin geführten Verhandlungen keineswegs geboten war, vielmehr nach der Ueberzeugung der polnischen Regierung die wirtschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern nur erschweren und verzögern kann.

Bei dieser Gelegenheit sehe ich mich weiter veranlaßt, festzustellen, daß die polnische Regierung durch die deutscherseits im letzten Augenblick erfolgte einseitige Absage der Kommissionsarbeiten peinlich überrascht worden ist.

In Anbetracht des erwähnten Beschlusses der deutschen Regierung habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Bevollmächtigter, mitzuteilen, daß gemäß den von meiner Regierung erhaltenen Instruktionen die polnische Delegation für die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen, Berlin verläßt, ohne jedoch die Hoffnung aufzugeben, daß die deutsche Regierung, künftighin nicht gewillt sein wird, durch ihre Stellungnahme den Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen zu beeinträchtigen. Genehmigen Sie usw.

gez. Pradzynski.

Die polnische Handelsdelegation Berlin ist um 2 Uhr offiziell aufgelöst worden. Sie verläßt z. T. heute, zum Teil morgen, Berlin.

Der Eindruck in Berlin.

+ Berlin, 15. Febr. Die Antwort des Führers der polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen an den deutschen Bevollmächtigten Staatssekretär Lewald wird in Berliner diplomatischen Kreisen nicht als eine Verschärfung der Lage angesehen, da sie den Weg zu den von Deutschland angeregten diplomatischen Verhandlungen über die Ausweisungsfrage offen läßt. Wenn die Note erklärt, daß die Ausweisungsfrage außerhalb des Bereiches der Niederlassungsverhandlungen liege, so steht demgegenüber die Tatsache, daß der polnische Außenminister in seiner letzten Rede sowie der polnische Delegierte Diamand vor einigen Tagen im „Vorwärts" den Standpunkt vertreten habe, man möge die Verhandlungen über die Ausweisungen fortsetzen, um in der Niederlassungsfrage zu einer Einigung zu kommen. In Berliner diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die polnische Regierung selbst zu der deutschen Anregung Stellung nehmen wird und gibt sich der Hoffnung hin, daß die diplomatischen Verhandlungen über die Ausweisungsfrage in Warschau in Fluß kommen.

Wenn übrigens die Note des polnischen Bevollmächtigten davon spricht, daß die polnische Delegation durch die deutscherseits im letzten Augenblick erfolgte Absage der Kommissionssitzung in Berlin peinlich überrascht worden sei, so weist man demgegenüber darauf hin, daß von polnischer Seite oft genug Sitzungen im letzten Augenblick aus irgendwelchen Gründen abgesetzt wurden.

Frankreich und der deutsch-polnische Konflikt.

⊠ Paris, 15. Febr. Die französische Presse wird seit einigen Tagen von Warschau aus mit einseitigen Nachrichten über die Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen überschwemmt. Als Beweis dafür, wie selbst ein linksstehendes Blatt, das ehrlich und aufrichtig für die deutsch-französische Verständigung kämpft, irregeführt werden kann, ist das „Oeuvre" anzusehen, das gestern mit den gleichen Argumenten wie die nationalistische polnische und französische Presse gegen Deutschland vorgeht, und das die Ausweisung deutscher Untertanen als absolut berechtigt bezeichnet und das nicht einmal anerkennen will, daß die Grundlage für jeden vernünftigen Handelsaustausch die Sicherung des Niederlassungsrechtes der Bürger des Staates bildet, mit dem man einen Handelsvertrag abzuschließen gedenkt. Die deutsch-polnische Angelegenheit wird von einem Teil der Presse in absolut durchsichtiger Weise an Bedeutung über den amerikanischen Vorschlag betreffend die Einberufung einer Seeabrüstungskonferenz gestellt. Hinter dieser Pressekampagne steht offenbar die Absicht neue Argumente gegen eine Räumung der Rheinlande vorzubringen. Der „Temps" kommt zu dem Schluß, die erste Handlung des neuen deutschen Kabinetts lasse klar die Tendenz erkennen, die Abänderung der deutschen Ostgrenze als erste Forderung aufzustellen. Noch weiter geht die „Liberté", die nicht nur einen deutschen Versuch, Polen zu erdrosseln, feststellen zu können glaubt, sondern die auch davon spricht, nach Polen solle die Tschechoslowakei an die Reihe kommen. „Spir" schreibt: Hinter dem deutsch-polnischen Zollkonflikt steht ein politischer Konflikt. Der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen bedeutet eine weitere Verwicklung in den europäischen Beziehungen. Die Tatsache, daß in Warschau ein Kabinett mit militärischen Tendenzen im Amte ist und daß das neue deutsche Kabinett von der Rechten beherrscht wird, wird jedenfalls eine Regelung des Streitfalles nicht erleichtern.

Rheinlandräumung und Militärkontrolle.

Eine Rede Vanderveldes.

v Brüssel, 15. Febr. In der Kammer antwortete Minister des Auswärtigen, Vandervelde, heute auf die Interpellation Carton de Wiarts über die Aufhebung der interalliierten Militärkontrolle. Er erklärte, er sei der Auffassung, daß es erwünscht wäre, eine Sonderkontrolle für die entmilitarisierte neutrale Zone zu errichten, jedoch finde sich im Versailler Vertrag keine Bestimmung, die die Rechtsgrundlage einer derartigen Kontrolle bestimmen könnte. Zur Errichtung eines Sonderregimes wäre ein Uebereinkommen zwischen Deutschland und anderen am Rheinlandpakt beteiligten Mächten erforderlich. Es liege auf der Hand, daß die Frage der Kontrolle der entmilitarisierten Zone und die Frage der Räumung des noch besetzten Gebietes in Zusammenhang stehen. Vandervelde fuhr dann fort: Es ist unrichtig, daß man sich in Genf über die vorzeitige Räumung des linken Rheinufers unterhalten habe. Diese Frage ist gegenwärtig auf diplomatischem Wege gestellt. Von dem Wortlaut des Artikels 431 wird man gewiß immer behaupten können, daß Deutschland nicht allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Man wird sich in dieser Hinsicht aber auch großzügig zeigen können. Alles wird von den Sicherheitsgarantien abhängen, die Deutschland insbesondere inbezug auf die entmilitarisierte Zone wird geben können und geben wollen, vielleicht auch von einer endgültigen und allgemeinen Regelung der Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden, andererseits aber auch von dem Grad des Vertrauens, das die Nachbarn Deutschlands in die Beständigkeit der republikanischen Einrichtungen werden haben können. Bezugnehmend auf die Gefahr eines nationalistischen Deutschlands führte Vandervelde aus, er zweifle nicht daran, daß die Politik Stresemanns sich nicht geändert habe und fuhr fort: Ebensowenig hat sich unsere Politik geändert, aber Dr. Stresemann wird nicht darüber erstaunt sein, daß selbst diejenigen, die einem Deutschland, das sich entschieden auf die Demokratie einstellt, das größte Vertrauen entgegenbringen würden, sich fragen, was man von einem Deutschland denken muß, in dem die leitenden Führer fast alles Männer des alten Regimes sind.

Die Entrüstung Deutschlands entspricht nach vielen Gesichtspunkten der Wirklichkeit. Aber sieht man denn nicht auch die verborgenen Waffen und militärischen Uebungen bei den Sportverbänden und bei den patriotischen Verbänden, sowie die Herstellung und Aufstapelung von Kriegsgerät in den benachbarten Ländern, wie z. B. Rußland? Entgegen der herrschenden Meinung messen jedoch diejenigen, die die Verantwortung für unsere nationale Verteidigung haben, diesem Zustande der Dinge keine übertriebene Bedeutung bei. Für die nächsten Jahre wird Deutschland, wenn es allein dasteht, wie es scheint als unfähig betrachtet werden müssen, an der Westfront Operationen und Offensiven von entscheidendem Charakter zu unternehmen. Die siegreichen Ententemächte erreichen es, daß das Angriffsmaterial, welches Deutschland nach dem Waffenstillstand besaß, vernichtet wurde. Es war indessen unmöglich, was schon Napoleon vergeblich nach dem Frieden von Tilsit verhindern versuchte, nämlich, daß Millionen von entwaffneten Mannschaften wieder zu einem Volk in Waffen gemacht und eines Tages neu bewaffnet werden könnten. Das Dilemma ist also in Zukunft folgendermaßen gekennzeichnet: Entweder werden die anderen Mächte ihre militärischen Streitkräfte auf das Maß der Stärke der Reichswehr herabmindern, oder der Vertrag wird hinfällig und Deutschland wird dann Anspruch auf das Recht erheben, auch seinerseits eine Streitmacht zu besitzen, die die deutschen Landesgrenzen zu verteidigen vermag. Zwei Schlußfolgerungen ergeben sich: 1. Die sehr relative Wirksamkeit von Kontrollmaßnahmen, 2. entweder findet eine allgemeine Abrüstung statt, oder überhaupt keine.

★

Die Rheinlandinterpellation in der belgischen Kammer.

() Brüssel, 15. Febr. Nach den Ausführungen des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Vandervelde ergriff Carton de Wiart das Wort und sprach den Wunsch aus, darüber unterrichtet zu werden, ob, wenn nunmehr dem Völkerbunde selbst die Kontrolle des Rüstungsstandes obliege, im besetzten Gebiet sich etwas im Polizeirecht und Kontrollrecht der Besatzungstruppen ändere. Der Minister der nationalen Verteidigung antwortete verneinend und fügte hinzu: Indem wir die Interalliierte Kontrollkommission abgeschafft haben, haben wir einen Akt großer politischer Weisheit vollzogen. Ich wünsche, daß die friedlichen Elemente in Deutschland die Oberhand behalten, denn sie allein werden den Frieden Europas gewährleisten. Die Möglichkeit eines neuen Krieges kann nicht ausgeschlossen werden. Da unsere Grenzen offen sind, müssen wir daran denken, uns im voraus dagegen zu schützen. Er gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die vom vaterländischen Geist eingegebenen Befürchtungen gewisser Abgeordneter sich in die Organisierung der Verteidigung Belgiens versetzen werden.

★

Ein vernünftiger Franzose.

:r: Genf, 14. Febr. Das „Journal de Genève" veröffentlicht heute einen Auszug eines demnächst erscheinenden Buches des auch in Deutschland weit bekannten französischen Schriftstellers Alfred Fabre-Luce, das den Titel trägt: „Locarno sans rêves" (Das wahre Locarno). In dem veröffentlichten Auszug befaßt sich der Verfasser sehr eingehend mit der Rheinlandräumung, die er als notwendig und wünschenswert für Frankreich hinstellt. Die Räumung des Rheinlandes wäre für Frankreich materiell ein Vorteil, was die Herabsetzung der Unterhaltungskosten für die französischen Truppen in den besetzten Gebieten betreffe. Moralisch würde die freiwillige Festsetzung des Räumungstermins, der doch einmal zu einer Notwendigkeit würde, als ein Verdienst Frankreichs allgemein empfunden werden.

Die psychologische Folge einer Räumung würde sowohl in Frankreich als auch in Deutschland günstiger Art sein. Die gegenwärtige Auffassung der offiziellen französischen Politik, nach der die besetzten Gebiete eine Sicherheitsgarantie für Frankreich bildeten, führe praktisch dahin, daß die nächste Generation weder die Sicherheitsgarantie noch eine wirkliche Annäherung zwischen den beiden Völkern vorfinden werde. In Deutschland bestehe gegenwärtig ein lebhaftes Interesse nach baldiger Befreiung der besetzten Gebiete. Diese Strömung könnte für Frankreich nutzbar gemacht werden. Frankreich könne jedoch keineswegs eine vollständige Umgestaltung der politischen Richtlinien von Deutschland als Tausch gegen die Aufgabe des zeitlich begrenzten Rechts Frankreichs am Rheinland verlangen.

Der Verfasser erklärt sodann, Frankreich könnte im Falle einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes folgende Vorteile erlangen: 1. Eine schnellere Mobilisierung der deutschen Schulden an Frankreich, 2. ein militärisches Kontrollsystem des Völkerbundes im Rheinland, das eine völlig ausreichende Garantie für Frankreich bedeuten würde. Der wahre Vorteil einer Räumung würde jedoch vor allem in der Schaffung einer neuen Atmosphäre zwischen den beiden Völkern liegen, die das große Werk der wirtschaftlichen Annäherung der beiden Staaten fördern würde. Einer Generalliquidierung der deutsch-französischen Schwierigkeiten würde dann nur noch die Saarfrage im Wege stehen. Die Volksabstimmung im Saargebiet würde zweifellos nicht zu Gunsten Frankreichs ausfallen. Die Saarfrage beschränke sich dann ausschließlich auf eine Zoll- oder Finanzfrage.

Das neue preußische Polizeibeamtengesetz.

)(Berlin, 15. Februar. Der im Ministerium des Innern fertiggestellte Polizeibeamtengesetzentwurf wird in allernächster Zeit das Kabinett beschäftigen. Nach dem Entwurf sollen jährlich 2000 Unterbeamte bis zum Hauptoberwachtmeister durch jüngere Kräfte ersetzt werden. Dadurch werden dem preußischen Staat jährlich etwa rund 30 Millionen Mark Unkosten und Versorgungsgebühren entstehen. Der Gesetzentwurf bestimmt ferner, daß die Polizeiobersten mit dem 55., Majore mit dem 51., Hauptleute mit dem 48., Oberleutnants mit dem 47. und Leutnants mit dem 45. Lebensjahre zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden. Die Verwaltungsbeamten werden von dem neuen Gesetzentwurf nicht berührt.

Deutsches Reich.

Eine Kabinettssitzung.

⊠ Berlin, 15. Febr. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung mit der Vorbereitung der für morgen angesetzten ersten Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1927. Es erledigte ferner zahlreiche laufende, insbesondere sozialpolitische Angelegenheiten.

Vertrauen zum Reichsfinanzminister!

:r: Berlin, 15. Febr. (Eig. Drahtb.) Vor kurzem empfing Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Abordnung des Reichsbeamtenbeirats der Zentrumspartei, bestehend aus den Abgeordneten Allekotte und Baumhoff sowie Herrn Lenz-Berlin. Die Unterredung erstreckte sich auf alle bedeutenden Beamtenfragen, in denen der Reichsfinanzminister bekanntlich ein gewichtiges Wort mit zu reden hat. Die vertrauensvolle Aussprache hinterließ bei der Abordnung den Eindruck, daß das Vertrauen, das die Beamtenschaft dem neuen Reichsfinanzminister entgegenbringt, vollauf berechtigt ist.

Einigung zwischen Kultusministerium und Studentenschaft.

⊠ Berlin, 15. Febr. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, ist zwischen dem preußischen Kultusministerium und der preußischen Studentenschaft eine Einigung erzielt worden. Die Studentenschaften der preußischen Universitäten haben den Standpunkt des Ministeriums anerkannt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der französische Ministerrat billigt die Antwortnote auf das amerikanische Memorandum.

⊠ Paris, 15. Febr. Der heute abgehaltene Ministerrat hat die vom Außenminister Briand vorbereitete Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seeabrüstung gebilligt.

Neuer Zwischenfall in Ventimiglia.

:r: Nizza, 15. Febr. „Eclaire de Nice" meldet, daß ein französischer Angestellter, der auf dem französischen Grenzbahnhof Ventimiglia Dienst tat, von faschistischer Miliz festgenommen wurde, weil er ein kommunistisches Abzeichen trug. Auf Eingreifen des französischen Konsuls wurde er wieder in Freiheit gesetzt.

Die Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Kantonregierung.

⊠ London, 15. Febr. Wie Reuter erfährt, sind bei den zuständigen Stellen in London bisher noch keine Meldungen über irgend eine Aenderung in der politischen Lage in Hankau eingetroffen. Den letzten Telegrammen O'Malleys zufolge soll die Unterzeichnung eines Uebereinkommens unmittelbar bevorstehen.

Keine Rückkehrpläne des ehemaligen Kaisers.

⊠ Newyork, 15. Febr. In einem Telegramm an den amerikanischen Journalisten George Silvester Viereck hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er nicht den Plan hege, nach Berlin zurückzukehren.

Aus aller Welt.

12 Frauen durch Kohlenoxydgas vergiftet.

⊠ Frankfurt a. d. Oder, 15. Febr. In dem Dorf Altreetz bei Frankfurt a. d. Oder kamen gestern abend bei einer Witwe 12 Frauen zum Federreißen zusammen. Die Gastgeberin hatte den Ofen tüchtig eingeheizt und dann die Abzugsröhren mit Lumpen verstopft. Bereits nach kurzer Zeit begannen die Anwesenden über Kopfschmerzen und Uebelkeit zu klagen. Einige Frauen brachen bewußtlos zusammen. Die erkrankten Frauen, die schwere Vergiftungserscheinungen zeigten, wurden sämtlich in das Frankfurter Krankenhaus gebracht. Wie festgestellt wurde, hatten sich in dem Zimmer Kohlenoxydgase gebildet.

Mord.

⊠ Hof, 15. Febr. In Bayergrün bei Schauenstein wurde in einem Felsenkeller die Landwirtstochter Wolfrum aus Bayergrün erhängt aufgefunden. Aus den Umständen war ersichtlich, daß es sich um einen Mord handelt. Als Täter wurde ein Vetter der Ermordeten festgenommen, mit dem die Ermordete ein Liebesverhältnis hatte, das nicht ohne Folgen geblieben war.

600 Erdbebenopfer auf dem Balkan.

⊠ Belgrad, 15. Febr. Nach den bisher vorliegenden Erdbebenmeldungen wurden in Bosnien und Dalmatien mehrere Häuser vollkommen zerstört. Die Zahl der Menschenopfer wird auf 600 geschätzt. Das Beben wiederholte sich heute nacht, was eine neue Panik unter der Bevölkerung hervorrief. Bei Mostar wurde ein großes Zeltlager errichtet, in dem tausende Obdachlose Unterkunft fanden. In Ragusa sind beim Einsturz des Hotels „de Ville" mehrere Personen getötet worden. Der Gesamtschaden wird auf über 100 Millionen Dinars geschätzt.

Die Opfer der Unwetterkatastrophe in Queensland.

⊠ Brisbane, 15. Febr. Nach den letzten Feststellungen wurden durch den Orkan und die Ueberschwemmungen in Queensland 39 Personen getötet. Zahlreiche Personen wurden im Distrikt von Cairns vermißt.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 16. Februar 1927.

m. Aufschiebung der Pfarrfeier St. Josef. Den Pfarreingesessenen von St. Josef diene zur Nachricht, daß die für den nächsten Sonntag, 20. Februar, in Aussicht genommene Pfarrfeier wegen verschiedener unüberwindlicher Hindernisse nicht an dem Tage stattfinden kann, sondern bis auf weiteres verschoben werden muß. Die mit so anerkennenswerter Weise von fast allen Kreisen der Pfarre gespendete Geldsumme wird dem bestimmten Zwecke zugeführt und bei passender Gelegenheit der zuständigen Stelle überreicht werden. Allen freundlichen Gebern sei schon an dieser Stelle herzlichst gedankt.

n. **Arbeiter-Verein St. Josef.** Zu der Veranstaltung der Gesangabteilung am vorigen Sonntag hatten sich die Vereinsmitglieder und deren Angehörige in großer Zahl eingefunden. Die Darbietungen (Chorlieder, Solos, Quartett und Terzett) fanden freundlichste Aufnahme und ernteten reichsten Beifall. Eine Wiederholung findet am nächsten Sonntag, 7.30 Uhr beginnend, statt, worauf die Vereinsmitglieder schon jetzt aufmerksam gemacht werden.

s. **Arbeiterverein St. Paulus.** Der Familienabend am vergangenen Sonntag hat die Mitglieder mit ihren Angehörigen in überaus starker Zahl zusammengeführt. In der Eröffnungsansprache wies der Präses hin auf den 6. Jahrestag der Papstkrönung am 12. Februar. Dankerfüllten Herzens müsse die ganze katholische Christenheit an solchen Tagen aufschauen zum Hl. Vater, dessen fünfjähriges Pontifikat von so weittragender Bedeutung sei für die kath. Kirche. Besonders das vergangene 5. Jahr seiner Regierung sei reich an denkwürdigen Ereignissen: Proklamation des Königtums Christi, Protest gegen die Christenverfolgung in Mexiko, Jubelfeier der Patrone der kath. Jugend (hl. Aloysius und Stanislaus Kostka), Belebung des Weltmissionsgedankens, Aktion um den christlichen Staatsbegriff, — daß wir allen Grund haben, voll Ehrfurcht, Dankbarkeit, aufzuschauen zum Hl. Vater, unserm Gebieter, mit denen der ganzen kath. Christenheit zu vereinen und treu immer zu stehen zu Kirche und Papsttum. — Das ausgebrachte Hoch auf den Hl. Vater wurde mit Begeisterung aufgenommen, und stehend sang die Versammlung dann die Papsthymne. — Was der Familienabend den Mitgliedern dann weiter bot, haben wir der rührigen Theaterabteilung zu verdanken, die durch ihre Darbietungen eine frohe Stimmung unter den Besuchern wachhielt. Alles was wir sahen und hörten: Einakter und Zweiakter, Duett und Reigen bot soviel des Schönen an Scherz und echtem Humor, daß wir auch an dieser Stelle der Theaterabteilung herzlich danken möchten für den schönen Abend.

z. **Vortragsabend im K. K. V. „Westfalia".** Es sei an dieser Stelle nochmals auf den heute abend 8.30 Uhr im Vereinslokal stattfindenden Vortragsabend hingewiesen. Herr Dr. Neuenhofer-M.-Gladbach wird über das Thema „Neuzeitliche Wege der Kreditbeschaffung für den kaufmännischen Mittelstand" sprechen. Es kann wohl erwartet werden, daß der Abend den verdienten Besuch findet, da der Stoff des Vortrags gerade für Mitglieder eines kaufmännischen Vereins Interesse haben dürfte.

n. **Filmvorführung im Schulkino „Rotenburg".** Von Sonntag bis zum gestrigen Tage wurde im Schulkino auf Veranlassung der städtischen Lichtbildstelle den männlichen Jugendvereinen und den Schulen die beiden Filme „Tischlein deck dich" und „Der Kampf um die Scholle" vorgeführt. Sowohl der erste Film, eine hübsche Bearbeitung des bekannten Märchen, sowie auch der zweite frei nach Fritz Reuters „Ut mine Stromtid" geschaffene Film gefielen dem jungen Publikum ausgezeichnet.

a. **Warnung vor dem Ankauf von sogenannten Gassparern.** Auch hierorts wurden den Gasverbrauchern mehrmals durch auswärtige hausierende Firmen sog. Gassparapparate angeboten, durch welche sich der Gasverbrauch um etwa 50 Prozent verringern sollte. In vielen Fällen bezahlte man die außerordentlich hohen Preise für diese Apparate, um leider nachher einsehen zu müssen, daß derartige Apparate ihren Zweck nicht erfüllen, vielmehr nur Störungen in der Beleuchtung oder der Funktion der Kochapparate hervorriefen, wodurch die Wiederentfernung der „Spar"-Apparate geboten wurde. Wir warnen dringend vor Ankauf solcher, meistens unter allerlei Garantie-Versprechungen angebotener, teurer, aber wertloser Apparate, denn die Bezeichnung „Gassparapparat" dient dem Hausierer nur dazu, schnell gute Geschäfte zu machen, indem er den Glauben zu wecken versucht, die einmalige Ausgabe für einen Sparapparat habe dauernde Ersparnis im Gasverbrauch zur Folge. Das Gaswerk erteilt bereitwilligst Auskunft in allen gastechnischen Fragen.

n. **Berufsschädigungen und deren Bekämpfung.** Es ist eine altbekannte Tatsache, daß dem kaufmännischen Berufe meist diejenigen jungen Leute zugeführt werden, die wegen ihrer schlechten körperlichen Verfassung für andere Berufe zu schwach sind. Berücksichtigt man dazu, daß gerade die Arbeit im Kaufmannsberufe häufig zum Sitzen in schlechter Kontorluft zwingt und daß das Getriebe des modernen Geschäftslebens ein ungemein starkes Maß von Nervenkraft erfordert, so sind die Feststellungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes bei den Untersuchungen in seinen Turnerheimen, daß 65 v. H. der Kaufmannsjugend gesundheitlich gefährdet sind, leider nur zu erklärlich. — Um diesen Erscheinungen, vor allem bei der Jugend, entgegenzuwirken, hat der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, die Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen, bekanntlich im vergangenen Jahre auf seiner Jugendburg Lobeda die Heilstätte für die deutsche Kaufmannsjugend errichtet. Die Erfahrungen der hier angewandten neuen Heilweise — Leibesübungen entsprechend den Schwächen des Einzelnen — veranlaßten ihn, die Heilstätte für das neue Jahr noch weiter auszubauen. Für 35 RM. können Kaufmannslehrlinge einen solchen dreiwöchigen Kurgang besuchen. Verpflegung, Unterkunft, ärztliche Untersuchung usw. sind in diesem Betrag mit eingeschlossen. Wer die Heilstätte besuchen will — der erste Kurgang beginnt am 25. April und ist schon fast besetzt — wende sich an die Abteilung 14 des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg 36, Ausgabe, ggbm. an die Ortsgruppe Bocholt.

Gewerkschaftliches.

n. **Christlicher Metallarbeiterverband.** Die Sektion der Handwerker, Heizer und Maschinisten des Christlichen Metallarbeiterverbandes veranstaltete am vergangenen Sonntage ihre Generalversammlung, in der über die Verbandsarbeit im vergangenen Jahre berichtet wie auch die Verbandsarbeit im kommenden Jahre besprochen wurde. Trotz der großen Krise im vergangenen Jahre konnte die Mitgliederzahl vergrößert werden. Der Schiedsspruch, der die Lohn- und Tarifverhältnisse ab 1. Januar regelt, hat einen großen Teil der Forderungen unberücksichtigt gelassen. Um in Zukunft die Forderungen der Handwerker, Heizer und Maschinisten der Textilindustrie besser durchsetzen zu können, müsse jeder Berufskollege sich seiner Berufsorganisation auch anschließen. Außer der Vertretung durch seine Berufsorganisation hätten sie durch die Mitgliedschaft im Christlichen Metallarbeiterverbande auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß sie später die Altersinvalidenrente beziehen könnten. Für diese Rente, die bei eintretendem Unterstützungsfall monatlich bis zum Lebensende gezahlt wird, braucht kein besonderer Beitrag gezahlt werden, da dieser im Verbandsbeitrag schon eingeschlossen ist. Da der Arbeiter infolge seines geringen Verdienstes keine Möglichkeit hat, für seine späteren Jahre Ersparnisse zu machen, wird die Rente des Verbandes eine gute Unterstützung sein. Es liegt daher im Interesse eines jeden Berufskollegen, durch Eintritt in den Christlichen Metallarbeiterverband sich den Bezug dieser Rente zu sichern. Nach dem Bericht wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Um die Mitglieder in ihrem Fache auch weiter auszubilden, wird in der nächsten Mitgliederversammlung ein Fachvortrag gehalten, worauf schon jetzt aufmerksam gemacht wird. Mit der Versicherung, daß die Sektion auch in Zukunft die Interessen ihrer Mitglieder nach jeder Richtung hin energisch vertreten würde, und dem Wunsche, daß die noch nicht der Sektion angehörigen Berufskollegen sich der Sektion anschließen möchten, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

* * *

z. **Sport,** 15. Februar. **Wassergenossenschaft Sport-Lowick.** Am kommenden Freitag, nachm. 3 Uhr, findet in der Wirtschaft Geuting in Sport eine Mitgliederversammlung der Wassergenossenschaft Sport-Lowick statt. U. a. soll Beschluß gefaßt werden über die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen und die Aufnahme eines Meliorationsdarlehns.

z. **Dingden,** 16. Februar. **Landwirtschaftlicher Ortsverein.** Am morgigen Donnerstag vorm. 11.30 Uhr hält der landw. Ortsverein Dingden im Meteling'schen Saale eine wichtige Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Herrn Dr. Hoffschlag-Borken über Steuerfragen, ein Vortrag des Herrn Schmitz-Rhede über Geflügelzucht. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreisvereins, Herr Landrat Graf v. Spee, wird in der Versammlung anwesend sei.

h. **Anholt,** 16. Februar. **Hohes Alter.** Der Messerschmiedemeister Herr Joh. Schmaink, geb. am 16. 2. 1844, begeht am heutigen Tage seinen 82. Geburtstag. Er erfreut sich noch einer ausgezeichneten körperlichen und geistigen Frische, so daß er seiner Arbeit noch gut nachkommen kann. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange Jahre in Gesundheit wirken zu können. Dem Jubilar unsern herzlichen Glückwunsch.

v. **Rhede,** 15. Februar. **Besitzwechsel.** Eine eigentümliche Erscheinung, die man sonst hier nicht gewohnt, ist die, daß in letzter Zeit ein lebhafter Besitzwechsel stattgefunden hat. So sind im Orte selbst mehrere Häuser verkauft worden und zur Stunde stehen noch einige zum Verkauf. In Altrhede und Vardingholt haben einige Bauernhöfe den Besitzer gewechselt. Auch eine Anzahl Grundstückskäufe sind vorgenommen worden und mehrere große Grundstücke stehen noch zum Verkauf. Die Preise waren in Anbetracht dessen, daß Rhede sich in der niedrigsten Ortsklasse befindet, zum Teil recht hoch.

v. **Rhede,** 15. Februar. **Kath. Arbeiter-Verein.** Am vergangenen Sonntag hielt der kath. Arbeiter-Verein seine diesjährige Generalversammlung ab, die vom Präses, Herrn Vikar Heselmann, eröffnet wurde. Zu Beginn seiner Ansprache forderte er die zahlreichen Anwesenden zu einem kurzen Gebet für die im vergangenen Jahre verstorbenen Vereinsmitglieder auf. Dann erstattete der Schriftführer den Jahresbericht, aus dem wir folgendes entnehmen. Der Verein hatte am 31. Dezember 1925 329 Mitglieder. Gestorben sind 3, ausgetreten 13, mithin Abgang 16. Neueingetreten sind 21 Mitglieder, Bestand am 31. Dezember 1926 334 Mitglieder. Von den Mitgliedern sind 9 Gemeinderatsmitglieder, im Kreistag 1, Vorstandsmitglieder der Krankenkasse 12, im Betriebsrat 26, im Elternbeirat 5, in der Schuldeputation 2, im Kirchenvorstand 6, im Parteivorstand der Zentrumspartei 7, im Ortsausschuß der Partei 2. Von den Mitgliedern stehen 86 im Alter bis zu 30 Jahren, 127 im Alter von 30—45 Jahren und 121 sind über 45 Jahre alt. Ehrenmitglieder hat der Verein 27. Im Laufe des Jahres fanden statt 9 Versammlungen, 3 Generalkommunionen, 16 Vorstandssitzungen, davon 3 mit Vertrauensleuten, 1 Ausflug, Patronsfest, 4 Familienabende, Theater, Kinderbescherung, Gefallenengedenkfeier und eine öffentliche Versammlung gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften. Die Gefallenengedenkfeier und eine große Theateraufführung fand gemeinsam mit dem Gesellenverein statt. In den Versammlungen war des öfteren Arbeitersekretär Jakob aus Bocholt zugegen. Er wurde immer sehr gern gesehen und durch Abhaltung lehrreicher Vorträge trug er wesentlich zur Hebung des Vereinslebens bei. Die Initiative zum „Bauvorhaben des Vereinshauses" ist zum größten Teil sein Verdienst. Der Verein möchte ihm an dieser Stelle hierfür danken. — Sodann gab der langjährige Kassierer Johann Nienhaus den Kassenbericht. Derselbe war in sorgfältigster Weise aufgesetzt, von Rechnungsrevisoren geprüft und in mustergültiger Ordnung befunden worden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Alsdann erstatteten die Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen Bericht über die Tätigkeit derselben im vergangenen Jahre. So hat die Theaterabteilung, bestehend aus 31 Mitgliedern, viel zur Verschönerung der Vereinsveranstaltungen beigetragen und noch einen guten Reingewinn an die Vereinskasse abgeführt. Die Gesangabteilung mit 40 Mitgliedern hält jede Woche einen Uebungsabend ab zur Pflege des Volksliedes und trägt somit viel bei zur Verdrängung der „Gassenhauer". Es ist beabsichtigt, demnächst ein öffentliches Konzert abzuhalten. Auch die Werkjugend mit 35 Mitgliedern hat im ersten Jahre ihres Bestehens eine großzügige Tätigkeit entfaltet. Alle 14 Tage hält sie eine Versammlung ab, ein großer Unterrichtskursus findet zur Zt. noch statt, ferner Kegelabende, an einem Einkehrsonntag nahmen alle teil. Das „politische Komitee", bestehend aus 46 Mitglieder, hielt 4 Sitzungen ab. In einer Sitzung wurde ein Antrag bei den maßgebenden Instanzen eingereicht, „die Bezüge der Erwerbslosen möchten nach dem Stande der Ortsklasse B ausbezahlt werden", was dann auch von den maßgebenden Behörden genehmigt wurde. Auch in sonstigen Fragen des öffentlichen und kommunalen Lebens wurden dort wichtige Beschlüsse gefaßt. In der Vereinigung gegen Brandschäden sind 141 Mitglieder mit Gebäuden und 146 mit Mobilar versichert. — Bei der Vorstandswahl wurden von den satzungsgemäß ausscheidenden 6 Vorstandsmitgliedern 5 wiedergewählt und 1 neugewählt. Ebenso die vier Ordner, die mit vieler Umsicht ihr Amt verwaltet, wurden wiedergewählt, desgleichen die drei Fahnenoffiziere. Alsdann wurden noch vier Delegierte gewählt. Dann machte der Herr Präses die erfreuliche Mitteilung, daß auf der Kirchenvorstandssitzung am Samstag endgültig beschlossen worden sei, dem Verein zum Bau eines Vereinshauses ein Grundstück auf der Kirchwiese in Größe von 181 Ruten zu einem günstigen Preise zu überlassen. Diese Mitteilung wurde von allen dankbar aufgenommen. Ein Mitglied sprach noch über die idealen Ziele der „Deutschen Volksbank". Nach einigen Schlußworten wurde die anregend und interessant verlaufene Versammlung vom Herrn Präses mit dem christlichen Arbeitergruße geschlossen.

m. **Rhede,** 15. Februar. **Bunter Abend im Jugendheim.** Die Theatergruppe des kath. Jugendvereins konnte ihr Programm vor einem ausverkauften Hause am vergangenen Sonntag abwickeln. In fast ununterbrochener Folge der Darbietungen wurden die Zuschauer durch das flotte Spiel der Jugend gefesselt. Aufmerksames Miterleben der „großen" Ereignisse, das recht häufig von kräftigen Lachsalven unterbrochen wurde, bewies den Darstellern, daß sie sich in die ihnen anvertraute Rolle hineingedacht hatten. Und die Arbeit hat sich gelohnt, ganz abgesehen von dem finanziellen Erfolg, der ja in der Jugendpflege auch keine Nebenrolle spielt. Der Verein bucht auf sein Konto den einen weit größeren Erfolg, der darin besteht, seiner Arbeit im Dienste der Jugend neue Freunde und neue Gönner geworben zu haben. Diesen und den alten will der Verein noch häufig einen genußreichen Abend bieten. Die Spieler verdienen in ihrer Gesamtleistung volles Lob; auch die Neulinge fügten sich dem Gesamtspiel bestens ein. Einen einzelnen hervorzuheben hieße die anderen zurückstellen.

v. **Rhede,** 15. Februar. **Zur Warnung.** Mit welchen Mitteln manchmal ein Hausierer arbeitet, zeigt folgender Vorfall aus den letzten Tagen. Kommt da ein Mann mit Schnürriemen hier an und belügt eine Anzahl Leute, ein hiesiger Fachmann habe große Mengen von ihm gekauft. Seine Aussagen bekräftigt er noch mit allerlei Eidesformeln und gibt auch den Namen des Fachmannes an. Als sich die Leute später bei dem Geschäftsinhaber erkundigten, wurde festgestellt, daß der Hausierer nicht dort gewesen, viel weniger dort Ware verkauft hat. Das kaufende Publikum möge sich diesen Vorfall merken.

* **Borken,** 15. Februar. **Einbruchsdiebstahl.** Am Sonntag morgen zwischen 6.30 bis 7 Uhr wurde in dem Hause des Bahnarbeiters Wilhelm W. in der Marienstraße ein Einbruchsdiebstahl verübt. Entwendet wurden aus einem Vertikow außer 215 Mark Bargeld noch eine Anzahl ungebrauchte Damenleinenhemden und ein Damastbettbezug. Die Tür ist wahrscheinlich durch einen Dietrich geöffnet worden. Zur Zeit des Diebstahls war der Geschädigte auf der Arbeitsstelle, während dessen die Ehefrau dem Gottesdienste beiwohnte. Es ist daher anzunehmen, daß der Dieb von der Abwesenheit der Eheleute sowie von dem Vorhandensein des Geldes Kenntnis hatte. Die polizeilichen Ermittelungen schweben noch.

* **Ahlen,** 15. Februar. **Tödlich verunglückt.** Am Samstag mittag gegen 1.30 Uhr fand man in der Nähe des hiesigen Güterbahnhofes die Leiche des Oberbahn- und Streckenwärters Jul. Sch. aus Oestrich. Sch. ist bei Ausübung seines Dienstes, wahrscheinlich, als er einem Personenzuge ausweichen wollte, von einem D-Zug von hinten erfaßt und überfahren worden. Nach den erlittenen schweren Verletzungen ist der Tod sofort eingetreten. Der Verunglückte war verheiratet.

Vom Niederrhein.

—d. **Isselburg,** 15. Februar. **Vom örtlichen Arbeitsmarkt.** Die Zahl der Erwerbslosen in unserer Stadt beträgt 101 Personen, darunter 2 weibliche. Davon sind in der Erwerbslosenfürsorge 54 mit 74 Zuschlagsempfängern, 27 Ehefrauen und 52 Kindern. In der Krisenfürsorge befinden sich 24 Personen mit 39 Zuschlagsempfängern, 14 Ehefrauen und 25 Kindern. Der Wohlfahrtspflege sind überwiesen 14 Personen mit 11 Zuschlagsempfängern, 3 Ehefrauen und 8 Kindern.

—d. **Isselburg,** 16. Februar. **Orthopädischer Sprechtag.** Am morgigen Donnerstag findet in Wesel, Versorgungsamt, Esplanade 9, Zimmer 53, ein orthopädischer Sprechtag statt.

— **Empel,** 15. Februar. **Gründung einer Schlosser-Zwangsinnung.** Am Sonntag fand hier die Gründung einer Schlosser-Zwangsinnung für die Bezirke Rees, Millingen, Isselburg, Haldern statt. Schmiedemeister Heister von hier wurde von der Versammlung als Innungsobermeister gewählt.

— **Emmerich,** 15. Februar. **In geistiger Umnachtung.** Zu dem gestern berichteten Selbstmord des Arbeiters Aliessen aus Spyck-Welle ist noch zu melden, daß der Lebensmüde die unglückliche Tat in einem Anfalle geistiger Umnachtung ausgeführt hat. Der junge Mann war in einem Emmericher Betriebe beschäftigt. Sein Arbeitgeber stellt ihm das Zeugnis eines ruhigen und nüchternen Menschen aus.

— **Hüthum,** 15. Februar. **Schweres Autounglück.** Am Montag nachmittag befand sich Herr Veterinärrat Lehmke mit seinem Personenkraftwagen auf der Rückfahrt von Elten. Als er in durchaus mäßigem Tempo und nach vorschriftsmäßig abgegebenem Signal an der Straßenkreuzung nach Borghees einbiegen wollte, überholte ihn das Personenauto des Malermeisters Schäfer aus Aachen, das seinen Wagen streifte und mit voller Wucht gegen einen Baum fuhr, und zwar so, daß der Kraftwagen völlig demoliert wurde. Man vermutet, daß der Führer des verunglückten Autos, Schäfer jun., der sich mit seinem Vater auf der Heimfahrt nach Aachen befand, bei dem Anprall die Gewalt über die Steuerung verloren hat. Die beiden Insassen erlitten erhebliche innere Verletzungen, Bein- und Knochenbrüche. Die Verunglückten fanden im hiesigen Krankenhause Aufnahme. Veterinärrat Lehmke und sein Chauffeur kamen mit dem bloßen Schrecken davon, sein Wagen wurde nur leicht geschrammt.

Bewährt 11000 Zeugnisse

An der Spitze stehen **Krügerol-Katarrh-Bonbons** mit dem antiseptisch wirkenden Zusatz

— **Wesel,** 15. Februar. **Viehmarkt.** Zu dem gestrigen Schweinemarkte waren aufgetrieben 627 Schweine. Es kostete die Alterswoche: 4—6 Wochen 18—22 Mk., 6—8 Wochen 22—27 Mk., 8—13 Wochen 27—32 Mk. Läuferschweine 4—60 Mk. Nächster Markt am 28. Febr.

Turnen, Sport und Spiel.

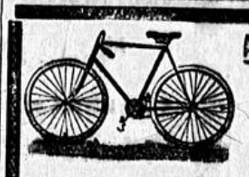
:: **Musterriegenturnen des Rhein-Lippe-Gaues der Deutschen Turnerschaft.** Am Sonntag fand in Rees im Bettray'schen Saale das Musterriegenturnen des Rhein-Lippe-Gaues der Deutschen Turnerschaft statt. Vor den aufmarschierten Wetttämpfen hielt im Namen des Turnerklubs „Einigkeit" der Vorsitzende, Herr W. Hüting, die Begrüßungsansprache. Herr Gaugeschäftsführer Golisch grüßte im Namen des Gaues und würdigte die schwere selbstlose Turnerarbeit. Ferner begrüßte er den Bürgermeister der Stadt Rees, Herrn Dr. Greis, als Zeugen dafür, daß die Reeser Turnerschaft mit der Behörde Hand in Hand arbeitet. Der Herr Bürgermeister dankte für die freundlichen Worte und hieß die auswärtigen Turner im Namen der Stadt Rees herzlich willkommen. Gern sei er der Einladung gefolgt, da ihm Zweck und Ziel der Deutschen Turnerschaft sehr wertvoll seien. Sein „Gut Heil" galt der Deutschen Turnerschaft. — Die nunmehr einsetzenden Wettkämpfe wurden mit Spannung verfolgt. Die Uebungen der Unterstufe zeugten von gutem Fortschritt. Von einigen Riegen wurden gute neuzeitliche Freiübungen vorgeführt, die sehr viel Interesse erweckten. Als Sieger und endgültiger Besitzer der Wanderplakette ging in der Oberstufe der Isselburger Turnverein hervor. Diesjähriger Sieger und Erwerber der Plakette in der Unterstufe wurde der Turnverein „Phönix" Bocholt. Nachstehend die einzelnen Ergebnisse: Oberstufe (nur 2 Riegen): Isselburg 1032 Punkte, „Einigkeit" Rees 956 Punkte; Unterstufe (4 Riegen): „Phönix" Bocholt 996 Punkte, Isselburg zweite Riege 946 Punkte, Rees 1861 932 Punkte, „Jahn" Hiesfeld 913 Punkte.

:: **Sportklub Bocholt 1926 1. M. — Wacker Rees 1. M. 1:1.** Am Sonntag waren die Reeser beim Sp. Cl. als Gast und trugen ein Freundschaftsspiel gegen Sp. Cl. 1. M. aus. Da der angeforderte Schiedsrichter ausblieb, leitete ein Herr aus Rees das Spiel zur Zufriedenheit beider Parteien. Die Sportkl. müssen die erste Halbzeit gegen die Sonne spielen, was aber nicht hinderte, daß sie manchmal leicht überlegen spielten. Die Reeser gingen durch einen gutgeschossenen Strafstoß in Führung und so blieb es bis Halbzeit. Nach Halbzeit waren die Reeser manchmal leicht überlegen, 25 Minuten vor Schluß konnte der Halblinke der schwarzen Raben das Ausgleichstor treten. Beide Hintermannschaften lassen keine weiteren Erfolge zu. Die Mannschaften waren sich gleichwertig. Das Spiel hinterließ bei den Zuschauern den besten Eindruck. Es war ein flotter und spannender Kampf und dem Schiedsrichter wurde sein Amt nicht schwer gemacht. Die 3. M. verlor gegen die 3. M. Olympias 3:2.

:: **1. Jugend Borken — 1. Jugend Rhede.** Erstens kommts oft . . . . Die Rheder 1. Jugend konnte am Sonntag einen Erfolg erringen, der von einer augenblicklichen Bestform Zeugnis gibt. Sie rang in flottem Spiel einen Gegner nieder, der — sieggewohnt — an eine Niederlage nicht gedacht hatte. Und sie kam. Mit einem Ergebnis von 3:0 mußten sie den Heimweg antreten. Der Sieg war klar und überzeugend, daran änderte die stabilere Körperverfassung der Borkener nichts. „Jugendkraft Heil!"

:: **S. V. Biemenhorst 1. Mannschaft — Sportclub „Westfalia" Anholt 2. Mannschaft 2:5.** Der Kampf setzte mit einem mächtigen Tempo ein; man sah im allgemeinen ein flottes verteiltes Spiel. Kurz vor Halbzeit kommen die Anholter zum ersten Tor. Nachdem dann ein Spieler des Platzvereins wegen Verletzung ausscheiden mußte, werden die Seiten gewechselt. Die Blau-Weißen haben dann mit ihren 10 Mann einen schweren Stand, schlagen sich aber prächtig. Obwohl dann Anholt noch 4 weitere Tor anbringen kann, können die Biemenhorster ebenfalls 2mal einsenden. Hätte der Unfall nicht die Lücke in Biemenhorsts Sturm gerissen, sähe man ohne Zweifel ein anderes Resultat. Donnerstag abend wichtige Monatsversammlung.

Verantwortlich für den Zeitteil: für Politik Chefredakteur Dr. Meier, für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Overthun, für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Beverne, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Zacher und Dr. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sidora, Münster. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. A. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Joh. Kempkes, Bocholt.



Achtung! Empfehle zum Frühjahr: Achtung!

Erstklassige Markenfahrräder

zu konkurrenzlosen Preisen.

Spezialräder mit Freilaufbremsnabe von 58.— Mk. an.

Erleichterte Zahlungsbedingungen.

10.00 M. Anzahlung, 4.00 M. Wochenrate.

Franz Pattberg, Rheinstr. 55 (Fildeken).

Ein **Haus** mit Bäckerei und Kolonialwarenhandlung zu verkaufen oder zu verpachten.

Pferd, Wagen und Kundschaft kann mit übernommen werden.

Das Haus kann auch ohne Geschäft verkauft werden.

Näh. Geschäftsstelle.

Lebens-Existenz

stellen gut und aussichtsreich, findet Dame oder Herr in Bocholt durch Uebernahme eines ausgezeichneten Heilverfahrens (resp. Heilinstitut, keine Geschlechtskrankheiten). Von zahlreichen Aerzten glänzend begutachtet. Fachkenntnisse nicht erforderlich, da Arzt mitarbeitet. Auch für abgebaute Beamte(innen) sehr geeignet.

Jährl. Reingewinn 8—10 000, Mk. Uebernahmekosten nur 2800,— Mk. Nur Selbstinteressenten, die obiges Kapital wirklich flüssig haben, schreiben unter B. 401 an die Geschäftsst. d. Bl. Horcher Papierkord.



wenn Sie nur mit Schecks und Ueberweisungen durch uns bezahlen.

Gewerbebank Bocholt.

Technikum Lemgo — Ingenieurschule, Staatsbauwesen. Maschinenbau, Elektrotechnik, Brückenbau | Hochbau, Eisenbau, Eisenbetonbau. Wissenschaftliche Betriebstechnik. Ingenieure, Architekten, Techniker, Werkmstr.

Wer probt, der lobt. **Schlachtgewürze, Papierdärme, Wursttorne, Salpeter** von **Gebr. Steiner,** Markt 8. 55

Rote Hände rauhe u. aufspringende Haut, denen Sie am besten durch Einreibung mit meiner Glycerin-Milch vor. **H. Uhlenkotte,** Neustr. 13.

Kopfungeziefer

Der eine sagt es dem andern: Ein sicher wirkendes Mittel gegen Kopfungeziefer erhält man in der **Drogerie Gebr. Steiner, Markt 8.**

STATT KARTEN

Die glückliche Geburt eines

Sonntagsjungen

zeigen hocherfreut an

Hugo Beaucamp und Frau
Maria geb. Schwartz.

Cöln, Oberländerwall 14. ck940

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbene

Ehefrau Bernhard Westhoff

findet statt am Donnerstag morgen 7,15 Uhr in der St. Josephskirche, wozu freundl. eingeladen wird.

Bekanntmachung

Der Buchbindermeister Johann Valk ist als Schiedsmann für den westlichen Teil der Stadt Bocholt für die Wahlperiode 1927 bis 1929 wiedergewählt und nach erfolgter Bestätigung vorschriftsmäßig verpflichtet worden.

Bocholt, den 14. Februar 1927.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

In der Angelegenheit Beibehaltung des Fernsprechnachtdienstes auch nach Einführung des Selbstanschlußbetriebes verlangt die Postverwaltung von den Interessenten, welche die Beibehaltung durch letzthin abgegebene schriftliche Erklärung gewünscht haben, die Abgabe folgender Zusatzerklärung:

„Ich bin ferner damit einverstanden, daß die Kosten für die Fernsprechdiensterweiterung von allen Teilnehmern nach der Zahl ihrer Hauptanschlüsse anteilmäßig erhoben werden."

Da es sich, wie schon vorgesagt, um die Beibehaltung einer bereits bestehenden, nicht um eine Neu-Einrichtung, handelt, werde ich die vor kurzem abgegebene Erklärung mit dem genannten Zusatze versehen, falls bis zum 18. ds. Mts. Einspruch von keiner Seite erfolgt ist.

Bocholt, den 14. Februar 1927.

Der Oberbürgermeister.

Oeffentliche Steuermahnung

Die rückständigen Grund- und Hausinsteuern, Kanalgebühren und Beiträge, Müllabfuhrgebühren, Lohnsummensteuer für den Monat Februar 1927, Hundesteuer für das 4. Vierteljahr 1926, Kirchensteuer für das 2. Halbjahr 1926 sind bis Samstag, den 19. Februar 1927, zu entrichten; ab Montag, den 21. Februar, werden die Rückstände kostenpflichtig beigetrieben. An die Zahlung wird hiermit gemahnt.

Für später bei der Stadthauptkasse eingehende Beträge sind außer den Verzugszinsen von 10 Prozent die Beitreibungskosten fällig geworden und mit zu entrichten.

Diese Bekanntmachung vertritt die Stelle des Mahnzettels.

Bocholt, den 15. Februar 1927.

Die Stadthauptkasse als Vollstreckungsbehörde.

Bekanntmachung

Der Landwirt und Obstbaumwärter Heinrich Benning zu Mussum Nr. 64 hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Mussum belegenen unbebauten Grundstücke Flur II Parz. 1305/350 der Katastergemeinde beantragt.

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10 August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei dem Kreisausschuß in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch sich auf Tatsachen begründen läßt, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- und Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Mussum, den 14. Februar 1927.

Der Gemeindevorsteher:
c989 Wülfing.

Bekanntmachung

betr. Legitimierung der ausländischen Arbeitnehmer für das Jahr 1927.

Die Anträge auf Legitimierung der im Amte Rhede beschäftigten ausländischen Arbeiter für das Jahr 1927 müssen spätestens bis zum 28. Februar 1927 gestellt sein. Dem Legitimationszwange unterliegen alle im Inlande beschäftigten Arbeiter (Knechte, Mägde, Viehwärter, Fabrikarbeiter usw.), die nicht deutsche Reichsangehörige sind. Anträge auf Ausstellung der Legitimationskarten sind auf dem hiesigen Amtsbüro — Zimmer 2 — zu stellen. Mit den Anträgen sind vorzulegen:

1. Die vorjährige Legitimationskarte; falls eine solche nicht vorhanden ist, ein im Paß des Ausländers befindliches Ausweispapier.
2. Die Gebühr in Höhe von 3 RM.

Eine Erhöhung der Gebühr auf 7 RM. tritt ein, wenn die Legitimierung umgangen, der Antrag nicht bis zum 28. Februar 1927 gestellt oder die Legitimierung im Vorjahre unterblieben ist.

Die Gebühr hat der Arbeitgeber zu tragen. — Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Arbeiter eine Legitimationskarte erhalten, für die die Beschäftigungsgenehmigung seitens des Landesarbeitsamtes erteilt ist.

Gleichzeitig sind bis zum 28. Februar 1927 die ungültig gewordenen Befreiungsscheine für das Jahr 1926 zum Umtausch vorzulegen. Die Gebühr hierfür beträgt 1,50 RM. Mit dem Antrage auf Umtausch des Befreiungsscheines ist der Paß oder ein als Paßersatz dienender Ausweis des Arbeiters vorzulegen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden noch besonders darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen die Legitimierungsvorschriften strenge bestraft werden.

Rhede, den 10. Februar 1927.

Der Amtmann: Dörner.

K. K. V. Westfalia

Heute abend 8.30 Uhr im Vereinslokal

Vortrag

Dr. Neuenhofer (M.-Gladbach).
Neuzeitliche Wege der Kreditbeschaffung für den kaufmännischen Mittelstand.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Ausgabe der Theaterkarten für die am 22. d. M. stattfindende Volksvorstellung.

Landwirtschaftl. Ortsverein Dingden

Versammlung

am Donnerstag, den 17. Februar, vormittags 10.30 Uhr, im Saale des Herrn Joh. Meteling.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Hofschlag, Borken, über Steuerfragen.
2. Vortrag des Herrn Schmitz, Rhede, über Geflügelzucht.
3. Besprechung über Brandschaden Kösters und Winter.
4. Verschiedenes.

Herr Landrat Graf von Spee, Borken, hat sein Erscheinen zu der Versammlung zugesagt.

Um rege Beteiligung wird gebeten.

Der Vorstand.

Apollo-Theater

Unsere lustige Woche!
Nur noch 2 Tage!
Mittwoch und Donnerstag.
Die Original dänischen Schauspieler
Pat und Patachon
in ihrem unstreitig besten Lustspielschlager:



Pat u. Patachon auf hoher See

6 lustige Akte

mit einem Humor, der zum Tränenlachen reizt, mit Sensationen, die sich rasend überstürzen und mit Einfällen, die das Publikum zu brausenden Lachstürmen zwingen.

Pat und Patachon übertreffen sich in diesem Film selbst!

2.

Großfilm:

Frauen u. Banknoten

Spannender Kriminalfilm aus der internationalen großen Welt mit dem Leben und Treiben internationaler Hochstapler.

In der Hauptrolle: Ruth Weyher.

3.

Knurr und Vipsax bauen ein Haus

Lustspiel in 2 Akten.

Bekanntmachung

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im laufenden Monat fälligen Steuern, insbesondere die Grundvermögenssteuer und die Hauszinssteuer für den Monat Februar ds. Js. und die Grundvermögenssteuer von den land- und forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken für das Vierteljahr Januar, Februar und März ds. Js. bis zum 15. Februar ds. Js. zu entrichten sind. Bei späteren Einzahlungen werden Verzugszinsen von 10 Prozent berechnet. Die Schonfrist von einer Woche ist seit dem 1. Dezember v. Js. in Wegfall gekommen.

Rhede, den 10. Februar 1927.

Die Gemeindehebestelle:
Kammann.

Holzverkauf.

Auf dem Kirchengute Updarp in Büngern, in der sogen. Büngerheide, in unmittelbarer Nähe der Chaussee sollen ungefähr

1650 Stück Kiefern

sehr geeignet für Grubenholz,

verkauft werden. Das Holz wird durch den Pächter Wilhelm Bielefeld auf Updarp angezeigt. Angebote sind bis zum 20. Februar ds. Js. an den Kirchenvorstand zu Rhede einzureichen. Bedingungen sind bei obengenanntem Pächter einzusehen.

Rhede, den 12. Februar 1927.

Der Kirchenvorstand.



Warum werden

Original-Miele
Qualitäts-Räder
nur durch Fahrradhändler verkauft?

Weil Ihnen beim Einkauf eines Fahrrades ein tüchtiger Fachmann Gewähr leisten soll.

Weil es nur recht und billig ist, daß der Mann, der für Sie in seiner Werkstatt alle möglichen kleinen unrentablen Reparaturen ausführen soll, auch Ihr Fahrradlieferant ist.

Weil ein tüchtiger und zuverlässiger Fahrradhändler, der in Ihrer Nähe wohnt, der an Ihrem Orte Gewerbesteuer zahlt und den Sie vielleicht lange persönlich kennen, keine übermäßigen Profite durch den Verkauf scheinbar billiger minderwertiger Ware erzielen will, sondern im Interesse einer zufriedenen Kundschaft gerne zu mäßigem Preise das Beste vom Besten, ein Miele-Rad, verkauft.

Mielewerke A.-G.
Güttersloh/Westfalen
Fahrradfabrik in Bielefeld

Jahrzehntelange
Fabrikationserfahrung bürgt für die Qualität unserer

WITTLER FAHRRÄDER

Achten Sie aber beim Einkauf auf unsere Schutzmarke



Nur diese Marke gibt Ihnen die Gewißheit, daß es sich um unsere Originalfabrikate handelt.

Wittler & Co., G. m. b. H.
Bielefeld.

Der Alleinverkauf unserer Fahrräder für Bocholt und Umgebung erfolgt **nur** durch die Firma

Clemens Kamperschröer, Bocholt I. W.
Friesenstr. 18 u. Nordstr. 28.

Heinrich Lütfring, Bocholt
Siekenhofstr. 1 Fernruf 562.

SÄRGE

in einfachster und vornehmster Ausführung sind stets in größerer Anzahl in meiner Geschäftsstelle ausgestellt.

Leichenwäsche, Steppdecken und Dekoration

Eigenes elegantes Leichenfuhrwerk

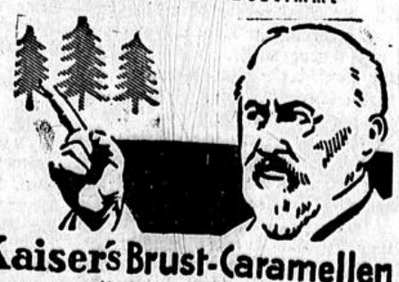
Denkbar niedrigste Preisberechnung

Vereinen, Notgemeinschaften und Nachbarschaften komme ich noch mit besonders günstigen Preisen entgegen. ck820

Beste Referenzen.

Haben Sie Grippe

und wollen Sie die Ansteckungsgefahr nahezu unmöglich machen, dann helfen Ihnen bestimmt



Kaiser's Brust-Caramellen
mit den „3 Tannen."

die seit 35 Jahren bewährten und unübertroffenen Hustenbonbons. Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.

Achten Sie auf die Schutzmarke 3 Tannen.

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife für zarte, weiße Haut.
Gebr. Steiner, Kirchstraße 5.

Empfehle:

Frühe Pflanzkartoffeln
(Holländische Erstlinge)

Bestellungen bitte schon jetzt zu machen.
Desgleichen empfehle sämtliche
Garten- und Feldsämereien
in bester Qualität.
H. Brömmling, Samenhandlung, Anholt.

Fahrräder! Nähmaschinen!
Schmeink, Westend 26

Teilzahlung Niedrige Anzahlung.
Wochenraten von 3.— Mk. an,
auch bei den feinsten Klassenrädern. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

Reparaturen
in und außer dem Hause gut und schnell. **Auch bei mir nicht gekaufte Räder und Nähmaschinen werden gut und sauber durchrepariert.**
Postkarte genügt.

Achtungsvoll
Schmeink, Bocholt, Westend 26.
Gummi Ersatzteile billig.

Ein Geschäftslokal
im Brennpunkt der Stadt zu mieten gesucht.
Gefl. Offerten unter C. 942 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

ÖFFENTLICHER ARBEITSNACHWEIS

Öffentlicher Arbeitnachweis für den Stadtkreis Bocholt
Kaiser-Wilhelmstr. 37

Es werden gesucht:

Mehrere Passierer o. Passiererinnen.
Mehrere Buntweber.
Mehrere Weißweber für nach auswärts.
1 Schweizer.
1 älterer Knecht für Landwirtschaft.
Mehrere Schlosser, Dreher und Formerlehrlinge.
1 Lehrling für Kürschnerei.
1 Schneiderlehrling.
1 Lehrling für kaufm. Büro.
Mehrere Haus- und Küchenmädchen.
Mehrere Mädchen für Landwirtschaft, gelernt und ungelernt.
Stellenvermittlung kostenlos!
Arbeitgeber in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, meldet alle offenen Stellen. Besetzung erfolgt schnellstens, auch von auswärts.

Für das Kontor einer Weberei wird ein Sohn achtbarer Eltern als

Lehrling

gesucht.
Schriftliche Offerten unter C 919 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Ein freundlich möbliertes

Zimmer

nach Möglichkeit im Mittelpunkt der Stadt, von besserem Herrn gesucht.
Ruhiger anspruchsloser Mieter.
Gefl. Offerten unter C 989 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Hypotheken Baugelder und Betriebskapitalien
erhalten sie schnell und zu günstigen Bedingungen durch
Johann Teleri, Rhede i. W., Bahnhofstr. 34. Telefon 79.

Ein leichter

Federwagen

zum Milchfahren geeignet und ein ganz leichter

Ackerwagen

billig zu verkaufen.
Brennerei Hönsel, Büngern.

Eine beschlagnahmefreie

2 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör gegen ein Darlehn von 300 Mark sofort zu vermieten. Selbiges kann abgewohnt werden. Off. unter B. 402 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Denken Sie daran daß Sie sich bei nicht ordnungsgemäßer

Buchführung

strafbar machen. Halten Sie sich selbst nicht damit auf, sondern übertragen Sie mir die Arbeiten in den Abendstunden. Gleichzeitig bringe ich mein Inkasso-Geschäft in empfehl. Erinnerg. Diskretion Selbstverständlichkeit. Interessenten wollen sich melden unter C 56 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut möbliertes

Wohn- und Schlafzimmer

mit Zentralheizung, zu vermieten.
Näh. Geschäftsstelle.

An anständigen, jungen Mann, auch Handwerker oder Schüler, möbliertes

Zimmer

zu vermieten.
Westend 48
vor der Aabrücke.

Am Freitag nachmittag von 2 Uhr an ist

Schweinefleisch

das Pfd. zu 1,00 Mk. zu haben bei
Heinrich Terrodde,
Dingdener Chaussee gegenüber Telake.

Samstag nachmittag von 2 Uhr an ist

Schweinefleisch

das Pfd. zu 1,00 Mk. zu haben bei
Joh. Geukes,
Dingdener Chaussee b. Wirtschaft Telake.

Ein gut erhaltener 8—10 P. S.

Benzinmotor

zu verkaufen.
Näh. Geschäftsstelle.

200—300 trockene

Schlagholzbuschen

abzugeben.
Näh. Geschäftsstelle.

Vertreter u. Reisende z. Mitn. v. Papierzigarrenspitzen, Reklameartikel aller Art f. **Knaebel & Co., Dresden — A. 1.**

Für 1. März oder später wird ein

Ackergehilfe

gesucht, der mit landwirtschaftl. Maschinen vertraut und mit Pferden umgehen kann.
Näh. Geschäftsstelle.

Ein tüchtiger

Ackerknecht

der Landarbeit versteht, für bald oder zum Frühjahr gesucht. Näheres bei J. Heinrichs, Rhede.

Für Nachmittags wird in seinem Hause

Fräulein

mit abgeschlossener Lyzeum-Bildung zu 2 Kindern, 11 und 8 Jahre alt, gesucht. Angeb. mit näheren Angaben erbitte unter C 957 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Detailgeschäft der Glas-, Porzellan-, Luxus- und Spielwarenbranche sucht zum 1. April ds. Js. eine branchekundige, perfekte

Verkäuferin

Schriftl. Angebote unter C 954 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Tüchtiges, nicht zu junges

Mädchen

gesucht, selbiges muß einige Kühe melken können.
Venderbosch, Vehlingen bei Isselburg.

Wegen Erkrankung des jetzigen, für sofort oder später, ein tüchtiges

Mädchen

für alle vorkommenden Arbeiten gesucht. Dasselbe muß auch Melken können.
(Familien-Anschluß.)
Frau Förster
Plashues,
Forsthaus Pröbsting bei Borken i. W.

Ein kräftiger Junge von 18 Jahren, welcher landwirtschaftliche Arbeiten versteht, sucht Stelle als

Knecht

Näh. Geschäftsstelle.

Mädchen

24 Jahre, von auswärts, aus guter Familie, sucht Stelle in Bocholt zum 1. März als Stütze oder Mädchen.
Adressen erbeten u. B. 410 a. d. Geschst. d. Ztg.